

Potsdam, 11. März 2022

Positionspapier des Vorstandes

Die Brandenburger Jugendverbände stehen an der Seite der Ukraine


Der Vorstand des Landesjugendring Brandenburg e.V. bezieht als Interessenvertretung von jungen Menschen Stellung zur Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch den Krieg in der Ukraine.

Seit 24. Februar 2022 greift die russische Armee großflächig die Ukraine an. Wir sind schockiert und erschüttert über diesen Akt der Aggression. Wir bekunden unsere Solidarität mit den Menschen in der Ukraine. Viele unserer Mitgliedsorganisationen pflegen Kontakte in die Ukraine oder führen internationale Begegnungen nach Mittel- und Osteuropa durch. Wir stehen an der Seite unserer Kolleg*innen und Partner-Organisationen.

Wir verurteilen den Angriffskrieg der russischen Regierung, der in eklatanter Weise das Völkerrecht verletzt. Kinder und Jugendliche sind in Kriegen besonders gefährdet. Wir wünschen uns, dass junge Menschen ohne Furcht vor Krieg aufwachsen. Wir fordern die russische Regierung auf, alle Angriffe einzustellen, sich aus der Ukraine zurückzuziehen und deren territoriale Integrität zu achten. Die Brandenburger Landesregierung und Parlamentarier*innen fordern wir auf, sich für wirksame Sanktionen gegenüber Russland einzusetzen und auf den Stopp des Krieges hinzuwirken.

In der Ukraine, aber auch in Belarus und Russland, kämpfen Menschen für Freiheit und Demokratie. Wir bekräftigen unsere Verbundenheit mit ihnen. Es ist ein Krieg der russischen Regierung, nicht der Menschen aus diesen Ländern. Wir wenden uns entschieden dagegen, dass Menschen aufgrund ihrer russischen Herkunft oder Sprache angefeindet und diskriminiert werden.

In diesen Tagen suchen Menschen aus der Ukraine auch bei uns in Brandenburg Schutz. Wir heißen sie herzlich willkommen. Es braucht eine unbürokratische und schnelle Aufnahme dieser Menschen. Auch wenn wir uns in einer Krisensituation befinden, ist die Einhaltung der Rechte nach der UN-Kinderrechtskonvention bei der Aufnahme unabdingbar. Besonders Aspekte des Schutzes junger Menschen müssen gewährleistet werden.



Weiterhin bekräftigen wir, dass alle Menschen, die vor dem Krieg fliehen, Schutz erhalten müssen. Es dürfen keine Unterscheidungen nach Pass und Aufenthaltsstatus gemacht werden. Dies würde im schlimmsten Falle dazu führen, dass Fluchtgemeinschaften auseinandergerissen werden. Das muss unbedingt verhindert werden.

Bei aller notwendigen Hilfe für Menschen aus der Ukraine dürfen auch andere Schutzsuchende nicht vergessen werden. An der Küste des Mittelmeers sterben jeden Tag Menschen. Die Unterdrückung und Verfolgung in Afghanistan dauern an. Die Einwanderungspolitik der EU legt fest, wer es wert ist zu leben und zu sterben. Diese rassistische Praxis muss beendet werden.

Der Krieg wird nicht ohne Folgen für die seelische Gesundheit junger Menschen bleiben. Geflüchtete Kinder und Jugendliche werden von Traumata betroffen sein oder Retraumatisierung erleiden. Durch die anhaltende Präsenz des Themas in ihrem Umfeld sowie den Medien entstehen auch bei anderen jungen Menschen Belastungen und Ängste. Diese Situation ist ernst zu nehmen und muss angemessen aufgefangen werden. Gesprächsangebote, die altersgerechte Einordnung der Geschehnisse und Austauschmöglichkeiten müssen flächendeckend in Schule, Jugendhilfe- und Beratungsangebote integriert werden. Unterstützungs- und Fortbildungsangebote für pädagogische Fachkräfte, Lehrer*innen, aber auch Ehrenamtliche sind zu fördern.

Nach den bisherigen Wellen der Corona-Pandemie steht das System der Kinder- und Jugendhilfe in den nächsten Monaten vor einer weiteren großen Anstrengung. Wir sehen die Herausforderungen, die vor uns liegen und wollen dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche gut unterstützt, wirksam geschützt und beteiligt werden. Hierbei übernehmen auch wir Verantwortung und werden das Land Brandenburg nach allen Möglichkeiten unterstützen.